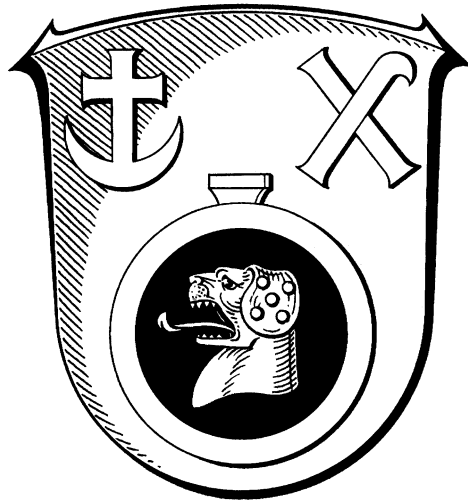




NIEDERSCHRIFT

7. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr der Stadt Weinstadt

10. Legislaturperiode 2016/2021

am	20. April 2017
im	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
Beginn	19:30 Uhr
Ende	20:40 Uhr

Anwesende:

SPD-Fraktion

Hofmann, Doris
Koch, Alexander Dr.
Kurpiers, Christian
Stein, Reinhold

CDU-Fraktion

Nungesser, Werner
Tillmann, Ursel

ALW-Fraktion

Möllmann, Martin
Wächter, Gunter

FWW-Fraktion

Moczygemba, Eugen

Präsidium Stadtverordnetenversammlung

Dittrich, Manfred
Fischer, Wilhelm
Pohl, Barbara Dr.

Magistrat

Berger, Manfred
Fischer, Willi
Hamm, Udo Dr.
Hasenauer, Josef
Merlau, Günter
Möller, Ralf
Pohl, Edgar
Reitz-Gottschall, Angelika
Spätling-Slomka, Dorothea
Thalheimer, Werner

Ausländerbeirat

Tomasulo, Maria Donata

Seniorenbeirat

Jacob, Dieter

Beirat zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Bogorinski, Erik

Schriftführung

Latocha, Georg

Verwaltung

Wigand, Klaus

Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr, Herr Reinhold Stein, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vom 16. März 2017	
2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Am Stein“ in Weiterstadt, Gemarkung Braunshardt; Aufstellungs- und Offenlagebeschluss	10/0248/1
2.1. Ergänzungsantrag der Fraktionen von SPD und FWW	10/0248/2

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vom 16. März 2017

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt als festgestellt.

Tagesordnungspunkt 2

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Am Stein“ in Weiterstadt, Gemarkung Braunshardt; Aufstellungs- und Offenlagebeschluss

Drucksache: 10/0248/1

Tagesordnungspunkt 2.1

Ergänzungsantrag der Fraktionen von SPD und FWW

Drucksache: 10/0248/2

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 30. März 2017 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr überwiesen.

Der als Tischvorlage von den Fraktionen der SPD und FWW vorgelegte Ergänzungs- und Änderungsantrag (Drucksache 10/0248/2) wird mit auf die Tagesordnung genommen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Planungshistorie des Gebietes dar und übergibt dann das Wort an den Vorhabenträger und das beauftragte Planungsbüro. Das städtebauliche Konzept und der daraus erarbeitete Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes werden in einer Präsentation dargestellt.

In der anschließenden Diskussion wird von der ALW-Fraktion beantragt, den Entwurf zu überarbeiten und hierbei alle notwendigen Stellplätze so anzuordnen, dass sie jeweils direkt anfahrbar sind.

Es werden Verständnisfragen zur Erschließungsplanung bezüglich der Fußwege gestellt und von den Planern beantwortet. Des Weiteren ist die Niederschlagswasserversickerung ein Diskussthema. Zur Klärung der Fragen wird gefordert, das zwischenzeitlich vorliegende Bodengutachten vorzulegen. Das Bodengutachten kann über das Sitzungsprogramm – unter dieser Ausschusssitzung eingesehen werden.

Die SPD-Fraktion erläutert den von der Kooperation gestellten Ergänzungs- und Änderungsantrag und stellt fest, dass sie die Planung in der vorliegenden Form befürwortet und grundsätzlich den Punkten 1-7 der Beschlussvorlage zustimme, jedoch vom Magistrat die gestellten Fragen zu der „Privatstraße“ geklärt wissen möchte. Herr Bürgermeister Möller erläutert den Hintergrund der Fragen, der aus der Diskussion um die wiederkehrenden Straßenausbaubeiträger herrührt.

Es folgt von 20:15 Uhr bis 20:25 Uhr eine Sitzungsunterbrechung.

Herr Bullermann als einer der beauftragten Planer trägt die grundsätzlich unterschiedlichen städtebaulichen Planungsansätze einer autogerechten versus einer flächen- und kostensparenden Erschließungslösung vor. Er plädiert eindringlich für die Beibehaltung der vorgeschlagenen Lösung mit jeweils hintereinander liegenden Garagen und Stellplätzen.

Der Ausschussvorsitzende fasst die Diskussionsergebnisse in einem Beschlussvorschlag zusammen und lässt darüber abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Bebauungsplan verbleibt im Ausschuss. Es ist ein veränderter Stellplatznachweis mit dem Inhalt zu erarbeiten, weitere Stellplätze auf dem Plangebiet auszuweisen und diese den einzelnen Grundstücken zuzuweisen. Außerdem sollen diese direkt anfahrbar sein.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Die Fraktionen von SPD und FWW beantragen, über den von Ihr vorgelegten Ergänzungs- und Änderungsantrag ohne den ersten Satz abstimmen zu lassen.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, eine rechtliche Stellungnahme zum Thema „Privatstraßen“ beim zuständigen Ministerium und beim Hessischen Städte- und Gemeindebund einzuholen. Insbesondere sind folgende Fragen zu klären:

- Wie ist der Begriff „Privatstraße“ definiert?
- Wie können die Anlieger von Privatstraßen an der Finanzierung öffentlicher Straßen im Rahmen einer wiederkehrenden Straßenbeitragssatzung beteiligt werden?
- Welche Musterformulierung ist rechtssicher?

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Reinhold Stein
Vorsitzender

Georg Latocha
Schriftführung